

ZEITBERICHT

Schulprobleme in der Schweiz – Die Polnische Akademie der Wissenschaften –
Wohnungsbau in Frankreich – Autobahnen in Frankreich

Schulprobleme in der Schweiz

Wie schwierige und vielschichtige Schulprobleme sich auch für die Schweiz stellen, ergibt sich aus einem Bericht von Eugen Egger in der Schweizer Monatschrift *Choisir* (Juli/August 1964). Danach machen sich auch die Schweizer Gedanken, wie sich die Zahl der Hochschüler erhöhen lasse, damit die geistige Führungsschicht den auf sie zukommenden Aufgaben gewachsen sei. Es erhebt sich der Ruf nach einer Universitätsreform und einer einheitlichen Studienplanung für das ganze Land. Doch damit allein sei es nicht getan. Man kann nicht das Dach eines Hauses erweitern, ohne den ganzen Unterbau bis in die Fundamente hinein zu verändern. Die stürmische Entwicklung und der Konkurrenzkampf mit den andern Ländern fordern einen Umbau des gesamten Bildungswesens.

Die Probleme beginnen bereits bei den Kindergärten. Diese sind in fast allen Kantonen in der Hand der Gemeinden oder privater Institutionen. Die Folge sind ungenügende finanzielle Mittel, Raumnot und Überfüllung, zumal immer mehr Mütter übertags arbeiten. Der Schulbeginn schwankt von Kanton zu Kanton zwischen 6 und 7 Jahren; er liegt außerdem bald im Frühjahr und bald im Herbst. Noch komplizierter werden die Dinge beim Übergang von der Volksschule in die Höhere Schule. Je nach den Kantonen geschieht dieser Übergang nach dem 3. oder 4. Schuljahr oder gar anderswo wieder nach dem 5. oder 6. Schuljahr. Man kann sich leicht vorstellen, welche Schwierigkeiten sich daraus beim Wechsel von einem Kanton zum andern ergeben müssen. Ähnlich ist es mit der Dauer des Pflichtbesuchs der Volksschule; er schwankt in den einzelnen Kantonen zwischen 7 und 10 Jahren. Eine Regelung für die Gesamtschweiz scheint hier unausweichlich. Auf Landesebene ließen sich auch eher die finanziellen Mittel aufbringen, die nötig wären, um sich von Schweizer Seite an internationalen Unterrichtsexperimenten wie Sprachlaboratorien zu beteiligen, mit denen die einzelnen Kantone sich kaum befassen können. Zur Zeit wird ein neues Gesetz über die Berufsausbildung der Lehrlinge vorbereitet. Wenn es durchgeht, werden große moderne Lehrwerkstätten geschaffen werden müssen, da die Ausbildung in den kleinen Betrieben den Anforderungen dann nicht mehr genügen wird.

Bei der Höheren Schule steht man wieder von Kanton zu Kanton vor der bunten Vielfalt der Programme. So sind zum Beispiel an den Schweizer Höheren Schulen nicht weniger als 107 verschiedene Geschichtsbücher in Gebrauch! Außerdem geht immer noch der Kampf zwischen humanistischer und naturwissenschaftlicher Richtung, der sich konkret an der Forderung des Lateinstudiums für Mediziner immer wieder entzündet. Es ist die Rede von einer dritten Schulart, dem Musischen Gymnasium, und wieweit Bürgerkunde in den Unterricht der Höheren Schule gehört. Die Zahl der Universitäten, zumal in der deutschen Schweiz sei ungenügend. Man spricht von dem Plan, Fachhochschulen zu errichten, an denen der Nachwuchs sich seine Berufsausbildung holen könne, damit sich die Universität mehr der Forschung widmen könne.

Um an all diese Aufgaben herangehen zu können, seien aber zunächst statistische Vorarbeiten für die Gesamtschweiz zu leisten: Es gilt, den Nachwuchsbedarf der Industrie und Verwaltung genau zu kennen; es sind soziologische Erhebungen über die Schüler und die Berufsabsichten der jungen Menschen zu machen. Ferner erfordern die Erwachsenenbildung und der „zweite Bildungsweg“, der übrigens für die Schweiz keine Neuerung bedeutet, im Zeitalter der Fünftagewoche gesteigerte Beachtung. Und damit ist noch gar nicht das Hauptproblem des ganzen Fragekomplexes berührt, nämlich hier wie anderswo die Behebung des Lehrermangels. Und wer soll sich all dieser drängenden überkantonalen Sorgen und Anliegen annehmen, wo die Schweiz nicht einmal ein gemeinsames Unterrichtsministerium kennt und die einzelnen Kantone offenbar ungern Zugeständnisse machen? Es gibt eine Konferenz der kantonalen Unterrichtsbehörden. An ihr läge es, Schritte zu gemeinsamen Übereinkünften und zur Schaffung eines solchen Ministeriums zu unternehmen.

Die Polnische Akademie der Wissenschaften

Am 30. Oktober 1951 beschloß der polnische Sejm die Errichtung einer Polnischen Akademie der Wissenschaften mit dem Sitz in Warschau (Kulturpalast). Am 9. April 1952 berief der Präsident der Republik 148 Mitglieder in die neue wissenschaftliche Institution. Die Akademie gibt eine Zeitschrift heraus, die „Review of the Polish Academy of Sciences“, in deren April/Juni-Nummer 1964 Henryk Jablonski einen Überblick über die Akademie und den Stand der polnischen Wissenschaft gibt.

Die Akademie der Wissenschaften hat sechs Sektionen: Sozialwissenschaften (mit den Untergruppen: Philosophie, Geschichte, Philologie, Literatur, Kunst, Wirtschaftswissenschaft und Rechtswissenschaft), Biologie, Mathematik und Naturwissenschaften (Mathematik, Astronomie, Physik, Chemie, Geologie), Technik I, Technik II, Agrar- und Forstwissenschaft, Medizin.

An der Akademie sind 8500 Personen beschäftigt, von denen 6000 an den der Akademie angeschlossenen Instituten arbeiten. Davon sind 443 Professoren oder Dozenten, von denen 286 hauptamtlich an diesen Forschungsstätten angestellt sind. Verglichen mit den Instituten der Universitäten und den staatlichen Instituten steht die Akademie an dritter Stelle. So arbeiten z. B. an dem staatlichen Institut für Geologie 939 Angestellte, von denen 25 Wissenschaftler sind, während an dem geologischen Institut der Akademie nur 53 Angestellte, darunter 4 Wissenschaftler arbeiten. Zwar soll sich die Akademie mit ihren Instituten vor allem mit Grundlagenforschung beschäftigen, aber so genau lassen sich die Bereiche nicht trennen.

Die Hauptschwierigkeit für Polen besteht darin, wie übrigens auch für alle anderen modernen Staaten, daß die ungeheure Fülle der modernen Wissenschaften eine Beschränkung verlangt. Das Prinzip, nach dem dies in Polen geschieht, ist durch die Bedürfnisse des Landes gegeben. Freilich lassen sich auch hier keine scharfen Grenzen ziehen, da manche Wissenschaften, die zunächst keineswegs als unbedingt notwendig angesehen werden, die Grundlagen für die anderen als notwendig erachteten liefern.

Der Verfasser zählt dann im einzelnen, beginnend mit der Biologie, die Forschungsgebiete auf, weist auf das Geleistete hin und erklärt das Zurückbleiben. Zum Schluß geht er auf die Geisteswissenschaften ein, die Sozialwissenschaften, die „humanities“, wie er sie nennt. Und – wie uns scheint – hat er bei ihnen die meisten Aussetzungen zu machen. Zwar seien auch hier Fortschritte gemacht worden, aber in manchen Fällen fehlen sie sehr, z. B. in Pädagogik, Psychologie und in einigen Spezialgebieten der Volkswirtschaft. Die Ursache sieht der Verfasser darin, daß sich die polnischen Geisteswissenschaftler ihre soziale Verantwortung zu wenig bewußt machen.